



PRESSEINFORMATION

Bremen, 19. Juni 2017

Politik muss ärztliche Expertise stärker berücksichtigen

GMK soll sich für die Belange des ÖGD einsetzen

Vom 21. bis 22. Juni 2017 tagt die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) in Bremen. Die Ärztekammer Bremen wirbt aus diesem Anlass bei den Ministerinnen und Ministern dafür, die Ärzteschaft noch stärker bei politischen Entscheidungen im Gesundheitswesen einzubeziehen. „Wenn man über die Verbesserung der Gesundheitssituation in Deutschland spricht, darf man die Expertise der Ärzteschaft nicht vergessen“, sagt Dr. Heidrun Gitter, die Präsidentin der Ärztekammer.

Bei der Konferenz steht vor allem die gesundheitliche Versorgung älterer Menschen im Blickpunkt. Die Ärztekammer hatte im November ein Positionspapier vorgelegt, in der sie Anforderungen für eine – aus medizinischer Sicht – gute Versorgung geriatrischer Patienten auf allen Versorgungsebenen benennt. Heidrun Gitter: „Erste Priorität muss haben, älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe zu ermöglichen. Dafür müssen die Nachbarschaftshilfe gefördert und die Quartiere gestärkt werden. Dort fehlen zum Beispiel vielfach Tagespflegekonzepte oder Tagespflegeeinrichtungen.“ Wichtig sei auch, dass Patienten, die einen geriatrischen Behandlungsbedarf haben, künftig besser identifiziert werden, zum Beispiel durch ein niedrighschwelliges systematisches Screening.

Ebenfalls auf der Agenda der GMK steht das Thema Impfen. Heidrun Gitter begrüßt, dass die Politik von der Einführung einer Impfpflicht absieht und auf Beratung und Aufklärung setzt. „Hier raten wir den Ministern, sich direkt vor Ort in Bremen umzusehen“, so Gitter. In Bremen sind die Impfquoten seit Jahren gut. Eltern sind verpflichtet, sich beraten zu lassen und das auch nachzuweisen, bevor sie ihre Kinder in der Kita anmelden. Die Kitas sind angehalten, dem Gesundheitsamt zu melden, wenn der Nachweis nicht erbracht wird. Heidrun Gitter: „Das funktioniert alles ohne Sanktionen hervorragend – die Impfberatung wird freiwillig sehr gut in Anspruch genommen. Und auch Kinder- und Jugendärzte, Hausärzte sowie die Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst, Betriebsmediziner und andere impfende Ärzte sichern den erreichten Standard durch ihr gemeinsames Engagement für einen umfassenden Impfschutz der Bremerinnen und Bremer.“

Daran anknüpfend erinnert Gitter an einen Beschluss der letztjährigen Konferenz der Gesundheitsminister, die sich im Juni 2016 mit einer bisher noch nie formulierten Deutlichkeit für eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ausgesprochen hatte. „Passiert ist seitdem leider überhaupt nichts, ganz im Gegenteil – der ÖGD sieht sich bei immer knapperem Personal größeren Belastungen und noch höheren Anforderungen gegenüber“, sagt Gitter. Die unzureichende Bezahlung von Ärztinnen und Ärzten im ÖGD sei mitverantwortlich dafür, dass viele Stellen unbesetzt blieben, so Gitter weiter. Der Öffentliche Gesundheitsdienst könne aber nur wirksam agieren, wenn er mit einer ausreichenden Zahl von qualifiziertem Fachpersonal; insbesondere von Fachärztinnen und Fachärzten in den Gesundheitsämtern besetzt ist.

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen hatte erst letzte Woche ein Positionspapier zum ÖGD verabschiedet, in dem sie unter anderem eine bessere Vergütung für die dort tätigen Ärztinnen und Ärzte fordert. „Bitte setzen Sie sich aktiv dafür ein, dass die Kolleginnen und Kollegen in die für Krankenhausärztinnen und -ärzte üblichen arzt-spezifischen Tarifverträge des Marburger Bundes einbezogen werden und hierzu zügig Tarifverhandlungen aufgenommen werden“, appelliert Heidrun Gitter an die Gesundheitsminister.